

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 19. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. Mai 2013, 14:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsitzende
Heike Franzen (CDU)
Daniel Günther (CDU)
Heiner Rickers (CDU)
Martin Habersaat (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Kai Vogel (SPD)
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anita Klahn (FDP)
Sven Krümbeck (PIRATEN)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
Wolfgang Baasch (SPD)
Tobias von Pein (SPD)
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Aktionsplan Politische Jugendbildung	5
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/510	
2. a) Fachkräftebedarf aufgrund des Krippenausbaus	6
Berichts Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/745	
b) Soziale Ungleichheiten und Bildungsbenachteiligungen durch Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung für alle Kinder ausgleichen	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/693	
c) Vereinbarung zur Finanzierung des Krippenausbaus	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/695	
3. Kleine Grundschulstandorte in ihrer Existenz stärken	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/632	
Flexible Lösungen für kleine Grundschulstandorte ermöglichen	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/666 (neu)	
4. Flexibilisierung des Einschulungsalters	10
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/507	
Flexiblen Eintritt in die Grundschule ermöglichen	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/541	
5. Detektoren an Schulen untersagen	11
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/625	

Elektronische Schummerei bei Abschlussprüfungen unterbinden

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/645](#)

- 6. Bericht des Bildungsministeriums über die Situation und Auswirkungen der zentralen Realschulabschlussprüfung im Fach Deutsch vom 19. April 2013** 12

Berichtsanhänge der Fraktionen von CDU und FDP

[Umdrucke 18/1143](#) und 18/1153

Bericht des Bildungsministeriums

[Umdruck 18/1215](#)

- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes** 13

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/710](#)

- 8. Keine Gefährdung von Studienplätzen an den Universitäten Kiel und Flensburg durch eine Reform der Lehramtsausbildung** 14

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/516](#)

- 9. Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Situation am Institut für anorganische Chemie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel** 15

Berichtsanhänger der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1205](#)

- 10. Künftige Entwicklung der Weiterbildungsverbände in Schleswig-Holstein** 16

Berichtsanhänger der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1204](#)

- 11. Verschiedenes** 17

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktionsplan Politische Jugendbildung

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/510](#)

(überwiesen am 21. Februar 2013 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1105](#)

Interfraktioneller Änderungsantrag

[Umdruck 18/1202](#)

Einstimmig erklärt der Bildungsausschuss den CDU-Änderungsantrag [Umdruck 18/1105](#) für erledigt und empfiehlt dem Landtag, den Antrag der PIRATEN [Drucksache 18/510](#) in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrags [Umdruck 18/1202](#) anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Fachkräftebedarf aufgrund des Krippenausbaus

Berichts Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/745](#)

(vom Landtag am 26. April 2013 mit der Maßgabe angenommen, dass der erbetene Bericht im Bildungsausschuss gegeben wird)

Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, erteilt den erbetenen Bericht, [Umdruck 18/1237](#).

Auf Fragen von Abg. Strehlau und der Vorsitzenden macht die Ministerin deutlich, vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels müssten sich Träger zunehmend auf die Bedürfnisse der Beschäftigten einstellen. Die Versorgungs- und Bewerberlage sei im Lande sehr heterogen. Die Fachkraftquote müsse auch im Ü-3-Bereich eingehalten werden.

b) Soziale Ungleichheiten und Bildungsbenachteiligungen durch Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung für alle Kinder ausgleichen

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/693](#)

Ministerin Alheit betont das Ziel der Qualitätsentwicklung. Jedes Kind solle vor Schuleintritt so gefördert werden, dass es den bestmöglichen Schulabschluss erreichen könne (Bildungsleitlinien, Sprachförderung, Weiterbildung und Qualifizierung des Fachpersonals, Hochschulausbildung). 2013/14 würden für den Krippenbereich Fortbildungsreferentinnen und -referenten ausgebildet, initiiert werde die Multiplikatoren Ausbildung „Beobachten im Dialog“ (Erkennen von Förderbedarfen und Dokumentieren von Bildungsprozessen), für die berufs begleitende Fachberatung sollten Qualitätsmerkmale festgeschrieben und ein Fachhochschulzertifikat entwickelt werden, der Ist-Zustand der bestehenden familien- und generationenübergreifenden Zentren solle weiterentwickelt werden (Dienstleistungen für Eltern, um Kinder optimal zu begleiten), die Bildungsleitlinien sollten evaluiert werden.

c) Vereinbarung zur Finanzierung des Krippenausbaus

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/695](#)

(überwiesen am 26. April 2013 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Ministerin führt aus, der Ausbaustand U 3 habe am 1. März 2013 bei landesweit 24,2 % gelegen - aktuellere offizielle Zahlen lägen leider nicht vor -, die landesweite Quote dürfte inzwischen bei rund 30 % liegen. Die Bedarfe im Lande und die Bedarfserhebungen der Kommunen seien sehr unterschiedlich. Aus dem Aktionsprogramm könnten ab 1. August 2013 Notmaßnahmen bezahlt (zum Beispiel kurzfristige Unterbringungsalternativen), aber keine Schadensersatzzahlungen geleistet werden.

Der Ausschuss nimmt die Berichte der Sozialministerin abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Kleine Grundschulstandorte in ihrer Existenz stärken

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/632](#)

Flexible Lösungen für kleine Grundschulstandorte ermöglichen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/666](#) (neu)

(überwiesen am 21. März 2013)

hierzu: interner [Umdruck 18/1134](#) (Petition)

Abg. Franzen sieht unter Hinweis auf den Bericht des Umweltministeriums [Drucksache 18/562](#) (neu) wenig Chancen, Grundschulstandorte mit ELER-Mitteln zu finanzieren. Entscheidend seien die Personalkosten, die allein vom Land aufzubringen seien. Es gehe darum, kleine Grundschulstandorte möglichst zu erhalten und den Betroffenen Planungssicherheit zu geben.

Herr Loßack, Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, macht darauf aufmerksam, dass ELER-Mittel zwar nicht für laufende Kosten und Personalkosten, aber für die Unterstützung von Prozessen in AktivRegionen eingesetzt werden könnten.

Abg. Klahn hält den Hinweis auf EU-Fördermittel für „Augenwischerei“, weil die Lehrerversorgung damit nicht finanziert werden könne. Sie möchte wissen, inwieweit sich das Bildungsministerium für den Erhalt eines kleinen Grundschulstandorts bei Unterschreiten der Mindestgröße einsetze.

Staatssekretär Loßack problematisiert noch einmal die Qualitätsfrage; in kleinen Systemen könne keine hinreichende Fachlichkeit gewährleistet werden. Das Ministerium werde die Ergebnisse der gelungenen Veranstaltung „Schule im Dorf“ vom 13. Mai 2013 in Ruhe auswerten, dann Schlussfolgerungen daraus ziehen und sie kommunizieren.

Auf eine Frage von Abg. Strehlau erwidert Abg. Franzen, um kleine Außenstellen in einer zweijährigen Karenzzeit zu erhalten, wären acht zusätzliche Planstellen erforderlich, die durch den Verzicht auf neue kleine Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zu realisieren seien.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Veranstaltung „Schule im Dorf“ die Qualitätsfrage in Abhängigkeit von der Schulgröße kontrovers diskutiert worden sei und die Grundschule im Dorf über den pädagogischen Aspekt hinaus eine Bedeutung für den ländlichen Raum habe.

Frau Schiffler, Leiterin des Referats Grundschulen, Regionalschulen, Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe im Bildungsministerium, macht darauf aufmerksam, die Mindestgrößenverordnung sehe eine „Karenzzeit“ von zwei Jahren vor, um bei Unterschreiten der Mindestschülerzahl Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen.

Abg. Franzen setzt sich dafür ein, dass die zweijährige Karenzzeit auch für Außenstellen kleiner Grundschulstandorte gelte.

Abg. Klahn zitiert die Aussage von Ministerpräsident Albig vom 18. Mai 2013 im „sh:z“: „Eine Schullandverschickung von Grundschulkindern in irgendwelche Super-Schulzentren wird es nicht geben, weil dies logistisch besser wäre.“ - Bildungsstaatssekretär Loßack erklärt, diese Aussage des Ministerpräsidenten teile er voll und ganz.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den CDU-Antrag, [Drucksache 18/632](#), abzulehnen und den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW, [Drucksache 18/666](#) (neu), anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Flexibilisierung des Einschulungsalters

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/507](#)

Flexiblen Eintritt in die Grundschule ermöglichen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/541](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013; schriftliche Stellungnahmen wurden eingeholt)

hierzu: [Umdrucke 18/994, 18/1035, 18/1089, 18/1152, 18/1164, 18/1165, 18/1166, 18/1181, 18/1182, 18/1184, 18/1195, 18/1196, 18/1211, 18/1220](#)

Zur Thematik Flexibilisierung des Einschulungsalters und zum Projekt „Familie in Schule“ will der Bildungsausschuss am 15. August 2013, um 10 Uhr, unter Beteiligung des Sozialausschusses eine Anhörung durchführen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Detektoren an Schulen untersagen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/625

Elektronische Schummelei bei Abschlussprüfungen unterbinden

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/645

(überwiesen am 21. März 2013)

Abg. Krumbeck sieht sich in seiner Forderung, den Einsatz von Technik zur Feststellung von aktivierten Mobilfunkgeräten an Schulen zu verbieten, durch die vom Bildungsausschuss durchgeführte Veranstaltung zum digitalen Lernen am 7. Februar 2013 bestätigt. Prüfungsaufgaben sollten so konzipiert werden, dass die Lösungen selbstständig erarbeitet werden müssten und nicht mithilfe technischer Mittel im Internet abrufbar seien.

Abg. Franzen beantragt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen, und setzt sich dafür ein, Schulen Maßnahmen zu ermöglichen, Täuschungsversuche während einer Abschlussprüfung zu unterbinden.

Staatssekretär Loßack teilt mit, man habe keine Rechtsgrundlage für den Einsatz solcher Geräte und wolle sie auch nicht schaffen. Täuschungsversuchen müssten die Schulen mit pädagogischen Mitteln begegnen. Den technischen Wettlauf könnten die Schulen nie gewinnen.

Abg. Vogel äußert sich in die gleiche Richtung. Würden Täuschungsversuche festgestellt, müssten die Schülerinnen und Schüler die Konsequenzen tragen.

Die Vorsitzende wirbt an dieser Stelle für eine weitere Veranstaltung zum digitalen Lernen, auf das sich die Schulen immer mehr einstellen müssten.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Bildungsausschuss gegen die Stimme der PIRATEN, schriftliche Stellungnahmen zu beiden Anträgen einzuholen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über die Situation und Auswirkungen
der zentralen Realschulabschlussprüfung im Fach Deutsch vom 19. April
2013**

Berichtsanhänge der Fraktionen von CDU und FDP
[Umdrucke 18/1143](#) und 18/1153

Bericht des Bildungsministeriums
[Umdruck 18/1215](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Bildungsministerium [Umdruck 18/1215](#) ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/710](#)

(überwiesen am 26. April 2013)

Der Ausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf [Drucksache 18/710](#) einzuholen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Keine Gefährdung von Studienplätzen an den Universitäten Kiel und Flensburg durch eine Reform der Lehramtsausbildung

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/516](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013)

Abg. Günther spricht sich namens der CDU-Fraktion dafür aus, an der schulartbezogenen Lehrerbildung festzuhalten. Der Aufbau von Doppelstrukturen durch eine Erweiterung des Fächerangebots an der Universität Flensburg sei aus Kostengründen abzulehnen.

Abg. König vermisst eine Lehrerbedarfsprognose.

Abg. Andresen begrüßt, dass sich die Landesregierung mit den beiden Universitäten auf den Weg einer grundlegenden Reform der Lehrerausbildung gemacht habe.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP werden die Punkte 1 und 2 des Antrags [Drucksache 18/516](#) jeweils abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag insgesamt abzulehnen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Situation am Institut für anorganische Chemie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1205](#)

Herr Fischer, Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, berichtet, auf dem Campus der CAU zu Kiel seien zwei Gebäude des Instituts für Anorganische Chemie seit dem 13. Mai 2013 geschlossen worden, weil die Belüftungssysteme nicht richtig funktionierten. Die Ursachen dafür seien in beiden Gebäuden unterschiedlich.

Seit 2011 trete das Problem auf, dass Abluft von den Abzügen durch die Zuluft wieder in die Laborräume hineingetragen werde, allerdings nicht ständig, sondern in unregelmäßigen Abständen. Möglicherweise spielten dabei bestimmte Witterungslagen eine Rolle. Ein bauliches Problem innerhalb des Gebäudes liege offenbar nicht vor, vielmehr lägen die Abluftschächte auf dem Dach des Gebäudes zu dicht an den Ansaugöffnungen der Zuluft. Ein Gutachter sei seit dem 15. Mai 13 eingeschaltet, um die Ursachen festzustellen.

Unabhängig davon würden jetzt kurzfristig die Zuluftöffnungen verlegt, um dadurch den Abstand zu den Abluftöffnungen zu vergrößern. Damit werde gewährleistet, dass der normale Betrieb zum Wintersemester 2013/14 wieder aufgenommen werden könne. Daneben gewährleiste die CAU durch organisatorische Maßnahmen, dass die betroffenen BA-Studierenden ihre notwendigen Praktika durchführen und so ihre Scheine ohne Zeitverzug bekommen könnten. Den betroffenen Doktoranden würden ihre Zeitverträge entsprechend verlängert. Die CAU habe versichert, dass in dem gesamten Zeitraum seit der Inbetriebnahme nie eine Gesundheitsgefährdung bestanden habe.

Auf eine Frage von Abg. Günther erwidert der Staatssekretär, im Gebäude selbst seien keine sichtbaren Probleme aufgetreten. Die Unregelmäßigkeit der Vorkommnisse habe dazu geführt, dass man kein strukturelles Problem gesehen habe und die Dramatik von Universität und GMSH anfangs anders eingeschätzt worden sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Künftige Entwicklung der Weiterbildungsverbände in Schleswig-Holstein

Berichts Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1204](#)

hierzu: [Umdruck 18/1138](#)

Auf Fragen von Abg. Klahn führt Herr Müller-Beck, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, aus, vor dem Hintergrund des Wegbruchs von EU-Fördermitteln in der neuen Förderperiode ab 2014 (EFRE Teilziel 10) untersuche man alle Instrumente auf ihre Wirkung, um die Teilnahmequote an Weiterbildung in Schleswig-Holstein von 47 % weiter zu erhöhen. Grundlage der Untersuchung seien die Ergebnisse der Evaluierung der Weiterbildungsverbände, die Untersuchungsergebnisse von TNS Infratest ([Umdruck 18/1138](#)) und Textziffer 25 der Bemerkungen 2013 des Landesrechnungshofs. Der Anteil der Beratung, die angesichts der rasanten Entwicklung des Internets heute eine andere Rolle spiele, durch die Weiterbildungsverbände mache nur 2 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus. Die Landesregierung habe sich eine Meinung gebildet, die sie nun in den politischen Raum geben und mit den Betroffenen erörtern wolle, um mit den beschränkten finanziellen Mitteln die Vernetzungsstrukturen und den Weiterbildungsmarkt möglichst optimal zu stärken. Entscheidungen müssten in diesem Jahr getroffen werden.

Auf weitere Nachfragen von Abg. Klahn macht er deutlich, die Landesregierung wolle im Dialog das Netz der Weiterbildungsanbieter erhalten, Instrumente bereitstellen, die eine Vernetzungsstruktur sicherstellten, und sowohl die Zahl der an Weiterbildung Teilnehmenden als auch die Zahl der Unternehmen erhöhen, die eine aktive Personalentwicklung durch Weiterbildung und Qualifizierung ihrer Beschäftigten praktizierten.

Abg. Habersaat kündigt an, die Weiterbildung im Lande als einen wichtigen Baustein im Bildungssektor im Dialog vorantreiben zu wollen.

Der Bildungsausschuss fasst ins Auge, das Thema im August 2013 wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Vor der nächsten Ausschusssitzung am 13. Juni 2013 (12:30 bis 14:00 Uhr) wird der **Offene Kanal Schleswig-Holstein** einen **GameTreff** („Eltern und Lehrkräfte testen Computerspiele“) anbieten.
- b) Der Ausschuss fasst ins Auge, seine Sitzung am 5. September 2013 im **Freilichtmuseum Molfsee** durchzuführen.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer